

NIEDERSCHRIFT

über die 14. Sitzung des Ausschusses für das Schulwesen am Dienstag, 26.02.2019

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 17:58 Uhr

Tagungsort: Leibniz-Realschule, Musikraum, Cranachstraße 5, 38300 Wolfenbüttel

Anwesend:

Ausschussvorsitzende

Frau Birgit Oppermann

Stellv. Ausschussvorsitzende

Frau Dörthe Weddige-Degenhard

Ausschussmitglieder

Frau Sabine Behrens-Mayer

Herr Holger Helwig

für Herrn Eckbert Schulze

Frau Elke Kochsiek-Dieke

Herr Christian Kraemer

Herr Torsten Ohms

Herr André Owczarek

Frau Elke Schmidt

Grundmandatsträger

Herr Rudolf Ordon

Schulleitervertreterin

Frau Elke Neumann

Lehrervertreter

Herr Gunnar Maibach

Elternvertreterinnen

Frau Silke Brüggemann

Frau Kathleen Frohse

Schülervertreterin

Frau Tina Musiol

weitere Teilnehmerin

Frau Simone Reese

Gleichstellungsbeauftragte

Verwaltung

Herr Stadtrat Thorsten Drahn

Herr Stadtbaurat Ivica Lukanic

Herr Norbert Fricke

Frau Andrea Freier

Protokollführer

Herr Sven Pook

Pressevertreter: keiner

Zuhörer: 10

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit
- Punkt 2) Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für das Schulwesen am 27.11.2018
- Punkt 3) Berufung der Schülerversretung in den Ausschuss für das Schulwesen
Vorlage: 0027/2019
- Punkt 4) Sanierung der Leibniz-Realschule - Anpassung des Maßnahmenbudgets und Beschluss einer überplanmäßigen Auszahlung im Rahmen des 3. Bauabschnittes
Vorlage: 0097/2015/2
- Punkt 5) Schulraumsituation an der Grundschule Fümmelse
Vorlage: 0035/2019
- Punkt 6) Einwohnerfragestunde
- Punkt 7) Informationen
- Punkt 8) Anfragen

Vor der Sitzung findet eine Begehung der Leibniz-Realschule statt. **Frau Nolte**, Leiterin der Schule, zeigt in deren Verlauf den Ausschussmitgliedern diverse Räumlichkeiten und berichtet über die in der Vergangenheit stattgefundenen Sanierungsarbeiten am Schulgebäude.

I. Öffentliche Sitzung

Punkt 1) Eröffnung der Sitzung, Feststellen der ordnungsgemäßen Ladung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Punkt 2) Genehmigung der Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für das Schulwesen am 27.11.2018

Die Niederschrift über die 13. Sitzung des Ausschusses für das Schulwesen am 27.11.2018 wird bei zwei Stimmenthaltungen genehmigt.

Punkt 3) Berufung der Schülervertretung in den Ausschuss für das Schulwesen Vorlage: 0027/2019

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann erläutert die zu beratende Vorlage. Im Anschluss dankt sie im Namen der Ausschussmitglieder der Schülervertreterin Frau Tina Musiol für die stets engagierte und konstruktive Mitarbeit in den zurückliegenden Jahren.

Herr Stadtrat Drahn teilt mit, dass Frau Musiol erfreulicherweise zum 01. August 2019 eine Ausbildung in der Stadtverwaltung Wolfenbüttel beginnen wird.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen. Einstimmig votieren die Ausschussmitglieder für die nachfolgende Beschlussempfehlung:

„Als Schülervertreterin in den Ausschuss für das Schulwesen des Rates der Stadt Wolfenbüttel wird Frau Ida Hamann berufen. Die Berufung gilt bis zum Ende der aktuellen Wahlperiode des Rates der Stadt Wolfenbüttel.“

Punkt 4) Sanierung der Leibniz-Realschule - Anpassung des Maßnahmenbudgets und Beschluss einer überplanmäßigen Auszahlung im Rahmen des 3. Bauabschnittes Vorlage: 0097/2015/2

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann erläutert die Kerninhalte der zu beratenden Vorlage.

Frau Weddige-Degenhard spricht sich im Namen der SPD-Fraktion für die Empfehlung des Beschlussvorschlages aus. Sie hebt positiv hervor, dass die Planungsleistungen fast ausschließlich durch städtisches Personal geleistet werden. **Frau Weddige-Degenhard** erkundigt sich, warum die Investition zur Sanierung des Jugendfreizeitentrums als Deckung des Maßnahmenbudgets herangezogen werden kann.

Herr Stadtbaurat Lukanic antwortet, dass aus kapazitären Gründen derzeit eine Planung der Maßnahme noch nicht erfolgen konnte und die Maßnahmendurchführung sich verzögern werde. Die Mittel stehen somit kurzfristig zur Verfügung.

Im Namen der CDU-Fraktion befürwortet auch **Frau Behrens-Mayer** die Empfehlung des Vorlagenbeschlusses.

Herr Owczarek erkundigt sich bzgl. der Mittel, die durch Minderausgaben aus der Investitionsnummer INV99.0118 (IT-Konzept) zur Deckung der Baumaßnahme zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Mittel werden gem. Vorlage nach Erstellung bzw. Aktualisierung von Medienkonzepten durch die Schulen bedarfsgerecht erneut im Rahmen der Haushaltsplanungen für die Jahre ab 2020 angemeldet.

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann teilt mit, dass die Schulen in Trägerschaft der Stadt Wolfenbüttel von Seiten der Verwaltung angehalten wurden, die schulischen Medienkonzepte zu aktualisieren. Aus den überarbeiteten Medienkonzepten könne dann der entsprechende finanzielle Bedarf abgeleitet und im Haushaltsverfahren beraten werden.

Herr Stadtrat Drahn ergänzt diesbezüglich, dass sich aufgrund der aktuellen Rahmenbedingungen betreffend den „DigitalPakt Schule“ außerdem in absehbarer Zeit eine geänderte Finanzierungssituation bezüglich des IT-Konzepts ergeben werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Mitglieder des Ausschusses befürworten einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. „Der dritte Bauabschnitt der Leibniz Realschule wird wie dargestellt zur Ausführung bestimmt.
2. Das Maßnahmenbudget der Schulsanierung wird von 2.940.000 € um 850.000 € auf 3.790.000 € erhöht.
3. Die unter Beschlusspunkt 2 genannten Mehrkosten werden zum Teil im Rahmen einer überplanmäßigen Ausgabe durch Minderausgaben i.H.v. 187.000 € aus freien Mitteln der städtebaulichen Fördermaßnahme „Wolfenbüttel – Historische Innenstadt“ (INV99.0180, Teilhaushalt 8, siehe Drucksache 0239/2018) gedeckt, dessen Mittel im Rahmen des Jahresabschlusses 2018 zumindest in dieser Höhe nicht mehr eingespart, sondern durch Bildung eines Haushaltsausgaberestes zugunsten der Sanierung der Leibniz-Realschule eingesetzt werden.

Der restliche Bedarf i.H.v. 663.000 € wird durch Minderausgaben in den in der Begründung dargestellten Investitionsprojekten gedeckt.“

Punkt 5) Schulraumsituation an der Grundschule Fümmelse Vorlage: 0035/2019

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann erläutert zunächst, dass bereits während der letzten Ausschusssitzung im Rahmen der Vorstellung des aktuellen Schulberichtes von Seiten der Verwaltung dargestellt wurde, dass an der Grundschule Fümmelse ab dem kommenden Schuljahr 2020/2021 kapazitäre Engpässen entstehen könnten. Mit der nun vorliegenden Verwaltungsvorlage werde die Situation vor Ort ausführlich abgebildet.

Herr Stadtrat Drahn stellt die in der Vorlage aufgeführten baulichen Möglichkeiten der Schaffung eines weiteren allgemeinen Unterrichtsraumes anhand von Fotos des Schulgebäudes dar. Diese Bilder sind dieser Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Stadtrat Drahn stellt dar, dass die Situation, die sich in Fümmelse bzgl. der erhöhten Einschulungszahlen von Schülerinnen und Schülern ergibt, sich mittelfristig u. a. auch an der Grundschule Am Geitelplatz sowie an der Grundschule Wilhelm-Raabe entwickeln könnte. Er zeichnet die Perspektive auf, dass in der nächsten Sitzung des Ausschusses von Seiten der Verwaltung ein konkreter Lösungsvorschlag zunächst für die Grundschule Fümmelse vorgestellt werde. Eine Option wäre, in der ehemaligen Grundschule Adersheim eine Außenstelle einzurichten, allerdings gäbe es hier die Herausforderung zu bewältigen, dass im Gebäude der Hort der Kindertagesstätte Fümmelse installiert wurde und dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrkräfte regelmäßig zwischen Fümmelse und Adersheim pendeln müssten. Der Vorschlag, am Standort der Grundschule Fümmelse einen Container zu errichten, würde die Situation nach Ansicht der Verwaltung nur kurz entspannen, da bereits jetzt schon abzusehen ist, dass in wenigen Jahren voraussichtlich ein weiterer Unterrichtsraum erforderlich sein wird. Zum momentanen Zeitpunkt sei die Montage einer Gerüsttreppe an der Rückseite des Schulgebäudes als die wahrscheinlichste Handlungsmöglichkeit zu betrachten. Damit stünde aufgrund der Gewährleistung des Brandschutzes ein weiterer Klassenraum im Obergeschoss zur Verfügung.

Auf eine entsprechende Nachfrage von **Herrn Ohms** teilt **Herr Stadtrat Drahn** mit, dass bis zum Jahr 2022, in welchem wahrscheinlich ein achter allgemeiner Unterrichtsraum erforderlich sein werde, der Verwaltung noch ausreichender zeitlicher Vorlauf zur Verfügung stehe, um beispielsweise diverse bauliche Möglichkeiten abschließend zu prüfen und ggf. zu realisieren.

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann spricht hier auch die eventuelle Möglichkeit an, die Schulbezirksgrenzen anzupassen. Sie spricht sich dafür aus, dass zeitnah Vorschläge auch von Seiten der Politik in den Diskussionsprozess eingebracht werden.

Herr Ordon stellt die Frage, ob nicht ggf. der PC-Raum, der im Gebäude der Grundschule Fümmelse vorgehalten wird, als allgemeiner Unterrichtsraum genutzt werden könne.

Hierzu teilt **Herr Fricke** mit, dass dieser Raum sich aufgrund der Größe nur mit sehr kleinen Schülergruppen nutzen lässt und kapazitär eine ganze Schulklasse dort nicht beschult werden könne.

Frau Kochsiek-Dieke erkundigt sich, warum eine Auflösung des Mietvertrages mit der Bewohnerin der ehemaligen Hausmeisterwohnung nicht infrage komme.

Herr Stadtrat Drahn antwortet, dass die Mieterin Kündigungsschutz genießt. Es würde hier lediglich kurzfristig eine eigene Kündigung von Seiten der Mieterin in Betracht kommen. Die Mieterin hat allerdings im Rahmen eines persönlichen Gespräches erklärt, dass sie nicht aus der Wohnung ausziehen wolle. **Herr Stadtrat Drahn** betont in diesem Zusammenhang, dass das Schulleben an sich davon profitiert, dass dort ganztägig eine Person anwesend ist, die auf das Schulgebäude achtet, auch wenn Schülerinnen und Schüler oder Lehrkräfte nicht vor Ort sind.

Frau Weddige-Degenhard regt an, dass die Stadt Wolfenbüttel der Mieterin bei der Suche einer alternativen Wohnung behilflich sein könne. Weiterhin teilt sie mit, dass die Option, eine Beschulung der Schülerinnen und Schüler an der Grundschule Cramme in Erwägung zu ziehen, ihrer Ansicht nach nicht verfolgt werden sollte, weil von Seiten der Samtgemeinde Oderwald vor einigen Jahren eine Kooperation zum weiteren Betrieb der Grundschule Adersheim nicht positiv aufgenommen wurde.

Herr Helwig vertritt die Ansicht, dass bei der Grundschule Fümmelse vorrangig eine bauliche Lösungsmöglichkeit in Betracht gezogen werden sollte. Weiterhin regt er an, dass zukünftig Vorlagen dieser Thematik auch den jeweiligen Ortsräten zur Beratung vorgelegt werden sollten.

Auch **Frau Frohse** würde vorrangig eine bauliche Lösung begrüßen. Bezüglich der möglichen Begründung einer Außenstelle in Adersheim gibt sie zu bedenken, dass sich in ihren Augen die Schülerbeförderung als organisatorische Herausforderung darstellen würde.

Herr Ohms und **Herr Helwig** sehen insgesamt in der Frage der Beförderung der Schülerinnen und Schüler ebenfalls eine Herausforderung.

Herr Owczarek gibt zu bedenken, dass mit der Realisierung einer Lösungsmöglichkeit zur Schaffung eines achten allgemeinen Unterrichtsraumes nicht zu lange gewartet werden sollte. Er ergänzt, dass es in der Vergangenheit immer wieder Schwankungen in der Anzahl der Schülerinnen und Schüler gab.

Frau Ausschussvorsitzende Oppermann regt eine zeitnahe Diskussion im Ausschuss an.

Herr Stadtrat Drahn gibt sich zuversichtlich, dass Politik und Verwaltung in enger Zusammenarbeit ein gutes gemeinsames Ergebnis entwickeln können, welches nicht nur die Situation in Fümmelse, sondern auch die Gegebenheiten in der gesamten Stadt Wolfenbüttel berücksichtigen werde.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Die Mitglieder des Ausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Kenntnis und empfehlen anschließend einstimmig den nachfolgenden Beschlussvorschlag:

1. „Der Bericht über die Schulraumsituation an der Grundschule Fümmelse wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Schulausschusssitzung am 14. Mai 2019 einen Lösungsvorschlag zu unterbreiten, der eine ordnungsgemäße Schulraumbereitstellung zum 1. August 2019 gewährleistet.“

Punkt 6) Einwohnerfragestunde

Es bestehen von Seiten der Einwohnerschaft keine Anfragen.

Punkt 7) Informationen

1.

Herr Pook informiert über personelle Maßnahmen seitens der Niedersächsischen Landes-schulbehörde.

- a) Im Februar 2019 wurde die Leiterin der Grundschule Wilhelm-Busch, Frau Sabine Jackisch, in den Ruhestand verabschiedet. Die bisherige Konrektorin Frau Claudia Rudat hat zunächst kommissarisch die Leitung der Schule inne. Die Verwaltung geht davon aus, dass die Schulleitungsstelle zeitnah im Schulverwaltungsblatt ausgeschrieben wird.
- b) Frau Dr. Ute Krause wurde zum 01. Januar 2019 der Dienstposten der Schulleiterin des Gymnasiums Große Schule übertragen.

2.

Herr Stadtrat Drahn präsentiert den Mitgliedern des Ausschusses anhand einer Power-Point-Präsentation, welche dieser Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt ist, den aktuellen Informationsstand betreffend den „DigitalPakt Schule“. In diesem Zusammenhang kündigt **Herr Stadtrat Drahn** für das zweite Halbjahr 2019 die Erstellung einer Vorlage seitens der Verwaltung an, welche die Medienplanung in den städtischen Schulen darstellen wird. Diese Vorlage werde auch Angaben zu den künftigen finanziellen und personellen Bedarfen darlegen und ebenso darstellen, wo die momentanen und zukünftigen Herausforderungen im Zusammenhang mit den neuen Unterrichtsmedien liegen.

Herr Ordon gibt in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass seiner Ansicht nach ein Fortschreiten der Digitalisierung in den Schulen nicht mit einem Lernfortschritt gleichzusetzen sei. Er vertritt die Position, dass sich die Schulen vergegenwärtigen sollten, in welchem Ausmaß die Digitalisierung zu welchem Zeitpunkt pädagogisch sinnvoll umzusetzen sei und ob auch die Schülerinnen und Schüler konkret von den Maßnahmen profitieren.

Herr Owczarek erfragt, ob die Schulen bei der Erstellung der Medienkonzepte Hilfestellung erhalten könnten.

Herr Stadtrat Drahn verweist darauf, dass zum einen in der Verwaltung Ansprechpartner vorhanden sind, welche die Schulen unterstützen. Weiterhin gäbe es vor Ort in den Schulen ebenso Experten, die bei der Erstellung von Medienkonzepten geschult sind.

Herr Fricke teilt mit, dass die Kollegen des Sachgebiets Schul-IT die in städtischer Trägerschaft stehenden Schulen bei der Erstellung der Medienkonzepte unterstützen. Weiterhin merkt er an, dass das Bildungszentrum des Landkreises Wolfenbüttel ein entsprechendes medienpädagogisches Beratungsangebot für Schulen und Schulträger anbiete.

Herr Ohms teilt mit, dass in einer der letzten Sitzungen der AG Schulentwicklungsplanung von einem Mitarbeiter des Niedersächsisches Landesinstituts für schulische Qualitätsentwicklung ein Vortrag zur Medienbildung gehalten wurde. Er regt an, diesen Dozenten auch in eine der nächsten Sitzungen des Ausschusses einzuladen.

Die Mitglieder des Ausschusses begrüßen diesen Vorschlag.

Punkt 8) Anfragen

1.

Frau Weddige-Degenhard fragt, ob der Verwaltung und den Schulen bereits bekannt sei, dass anlässlich des 70. Jahrestages der Verkündung des Grundgesetzes eine Veranstaltung aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ durchgeführt werde.

Frau Freier teilt mit, dass der Verwaltung bereits ein Flyer vorliege und dieser bei Bedarf auch an die Schulen verteilt werden könne.

2.

Weiterhin weist **Frau Weddige-Degenhard** darauf hin, dass beim Niedersächsischen Kultusministerium eine „Anlaufstelle für Opfer und Fragen sexuellen Missbrauchs und Diskriminierung in Schulen und Tageseinrichtungen für Kinder“ eingerichtet wurde. Dies sollte ihrer Ansicht nach an die Schulen in städtischer Trägerschaft kommuniziert werden. Die Verwaltung wird die städtischen Schulen informieren.

3.

Herr Ordon teilt mit, dass er einem Presseartikel entnommen habe, dass an der Grundschule Wilhelm-Raabe Islamunterricht erteilt werde. Er würde gern erfahren, ob die Unterrichtsinhalte schwerpunktmäßig die sunnitische oder die schiitische Glaubensrichtung behandeln.

Herr Stadtrat Drahn sagt hierzu eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Protokollantwort:

Von Seiten der Schulleitung der Grundschule Wilhelm-Raabe wurde zur Thematik folgendes mitgeteilt:

Wie jeder andere Religionsunterricht an allgemein bildenden Schulen unterliegt auch der Unterricht im Fach „Islamische Religion“ den „Regelungen für den Religionsunterricht und den Unterricht Werte und Normen“ des Niedersächsischen Kultusministeriums vom 10.05.2011.

Dem zugehörigen Kerncurriculum ist zu entnehmen, dass den erwarteten Kompetenzen mögliche Verknüpfungen mit Koran und Sunna zugeordnet sind, diese jedoch nur als grundlegende zusätzliche Informationen für die Lehrkräfte und nicht als Unterrichtsinhalte für die Schülerinnen und Schüler gedacht sind. Explizit wird im Kerncurriculum darauf hingewiesen, dass neben den klassischen Werken der sunnitischen Traditionssammlungen hier auch die Standardwerke der schiitischen Tradition gemeint sind.

Den Angaben des Kultusministeriums zufolge wird das Kerncurriculum zurzeit überarbeitet. Eine Anhörfassung ist noch nicht veröffentlicht.

4.

In einer weiteren Anfrage erkundigt sich **Herr Ordon** danach, ob der Verwaltung bekannt sei, dass es eine Schule in Trägerschaft der Stadt Wolfenbüttel gäbe, in welcher es den Lehrkräften erlaubt wurde, Hunde mit in den Unterricht zu nehmen. **Herr Ordon** betont, dass er hiermit nicht „offizielle“ Schulhunde meine, sondern ausschließlich privat gehaltene Hunde, die nicht unterrichtlichen Zwecken zur Verfügung stehen.

Herr Stadtrat Drahn teilt mit, dass der Verwaltung nicht bekannt sei, dass privat gehaltene Hunde regelmäßig zu schulischen Lehrveranstaltungen mitgebracht werden.

Weitere Anfragen im öffentlichen Teil der Sitzung bestehen nicht. **Frau Ausschussvorsitzende Oppermann** dankt allen Anwesenden für die konstruktiven Beratungen und schließt den öffentlichen Sitzungsteil um 17:58 Uhr.

Birgit Oppermann
Vorsitzende

Thorsten Drahn
Stadtrat

Sven Pook
Protokollführer